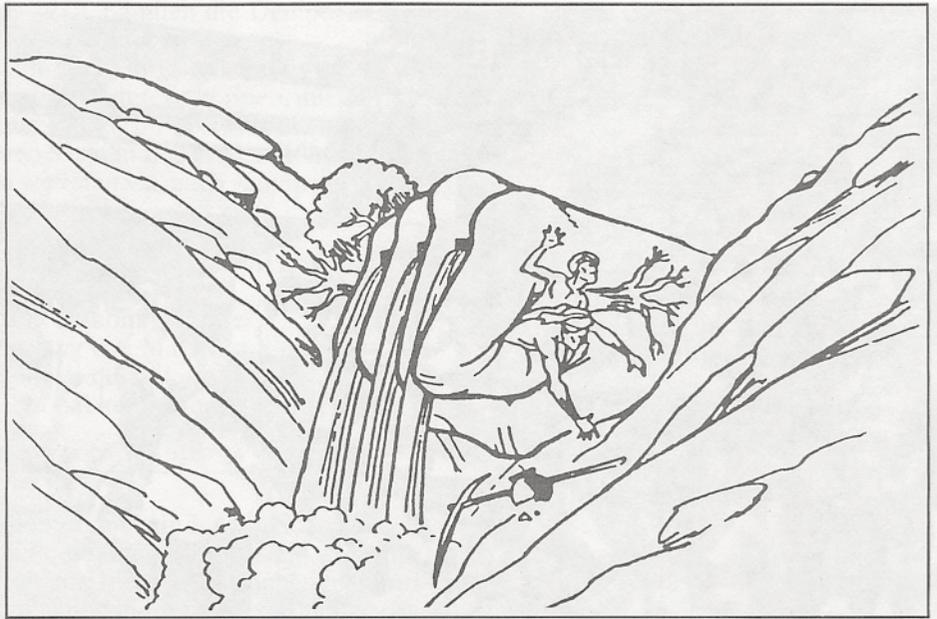


Am 14. Januar 1989 wurden am neuen Staudamm von Kedung Ombo in Mitteljava die Schleusentore geschlossen (SOAI 1/89 berichtete bereits). Seitdem ist der Wasserspiegel in dem Stausee um über 20 Meter gestiegen. Der Umsiedlungsprozeß ist jedoch immer noch nicht abgeschlossen, auch wenn die Provinzregierung jüngst ein neues Angebot unterbreitete. Ersten internationalen Protesten gegen dieses von der Weltbank finanzierte Projekt schloß sich auch die Fraktion der GRÜNEN im Deutschen Bundestag mit einer Kleinen Anfrage an die Bundesregierung an.

Das künstlich produzierte Hochwasser hat im Gebiet von Kedung Ombo Existenz und Gesundheit von mehreren tausend Menschen gefährdet. 37 Dörfer hätten zur Durchführung dieses Projekts geräumt und damit 5359 Familien umgesiedelt werden müssen. Bis zu 1900 Familien wehrten sich jedoch bis



Zur Entwicklung verdammt

Lieber auf dem eigenen Land sterben

Konflikt zwischen Dorfbewohnern und Behörden in Kedung Ombo geht weiter

zuletzt, auf die unakzeptablen Angebote der Regierung einzugehen. Dazu gehört der niedrige Entschädigungspreis von 350 Rupiah für einen Quadratmeter Land, wofür man sich auch in Indonesien nur 3 Eier oder 750 Gramm Reis kaufen kann. Dazu gehört das bis vor kurzem einzige lokale Umsiedlungsgebiet, das die Regierung zur Verfügung gestellt hatte: das Dorf Kayen, wo den Dorfbewohnern steinhartes Ödland als fruchtbares Land verkauft werden sollte. Last not least sollten die Menschen als Transmigranten nach Süd-Sumatra geschickt werden, wo sie ebenfalls unzumutbare Bedingungen vorfinden.

Auf den Widerstand der Dorfbewohner reagierten die Behörden schließlich mit Zwangsmaßnahmen: Unter Aufsicht des Militärs wurden die Bewohner des Staudammgebiets zur Unterschrift unter Entschädigungsverträge oder zur Transmigration gezwungen. Man stigmatisiert sie als Kommunisten, und Präsident Suharto persönlich erinnerte in einer Fernsehansprache an die „rote“ Vergangenheit dieses Gebietes.

Schärfstes Geschütz von oben war jedoch die Überflutung des Landes nach Schließung der Schleusentore. Im Februar konnte die letzte Ernte eingebracht werden. Weiterer Ackerbau war bei steigendem Wasser nicht möglich. Die Überflutung der Brunnen führte auch zur Trinkwasserknappheit und gefährdet in zunehmendem Maße die Gesundheit der im Staudammgebiet Verbliebenen. Viele von ihnen haben sich aus dem Holz ihrer Häuser Flöße

und Boote gebaut, andere haben sich zu Freunden in höhergelegene Gebiete geflüchtet, dritte ihre Unterkunft provisorisch wieder aufgebaut.

Inzwischen ist die Regenzeit zu Ende, und das Wasser wird bis zum Herbst nicht mehr weiter steigen. Es ist sogar damit zu rechnen, daß die Tore der Schleuse für eine Weile wieder geöffnet werden, damit nicht die Landwirtschaft in weiter entfernt gelegenen Gebieten unter Wassermangel zu leiden hat. Für die Bewohner von Kedung Ombo ist dies jedoch kein Trost: Bis Anfang 1990 wird der angestrebte Wasserspiegel von 90 Metern – bisher maximal 85 Meter – unwiderruflich erreicht sein.

Solidaritätsaktionen aus dem In- und Ausland

Das Gebiet um den Stausee wird rund um die Uhr von Militäreinheiten bewacht, damit möglichst wenig Information über die Lage der Menschen hinaus- und Personen, die Solidarität und Unterstützung bekunden wollen, nicht hineinkommen können. Berichten zufolge scheint sich jedoch auch unter den diensthabenden Militärs zunehmend Unmut gegen die Politik der Provinzregierung zu entwickeln.

Unterstützt wurden die Bewohner von Kedung Ombo bereits seit langem von der Rechtshilfeorganisation LBH. Besonderen Mut hat in den letzten Monaten der Jesuitenpater Mangun Wijayah bewiesen, der in Indonesien auch als Schriftsteller und Journalist bekannt ist. Er startete ein Hilfsprogramm für die

3500 im Gebiet lebenden Kinder, das trotz eines Verbots der Provinzregierung – der Pater könne gern anderswo Sozialarbeit leisten, so der Gouverneur – bis heute weitergeführt wird.

In mehreren Städten Indonesiens haben Studenten gegen das Vorgehen der Behörden protestiert; Anfang Februar wagte sich sogar eine Gruppe von etwa 1200 Studenten mit Spruchbändern auf das Dammgelände (s.a. Nachrichtenteil).

Auch in westlichen Ländern gab es Proteste. So beschuldigte die britische Organisation TAPOL in einem von mehreren Menschenrechtsgruppen unterschriebenen, offenen Brief die Weltbank als Hauptfinanzier des Projekts, einmal mehr ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Bevölkerung mißachtet zu haben. Probleme, wie Umsiedlung, Entschädigung und Umweltbelange, die gelöst werden sollten, bevor die Weltbank ihr Darlehen gewähre, so heißt es in dem Schreiben, seien in den fünf Jahren, in denen sie mit Kedung Ombo zu tun gehabt habe, immer noch ungeklärt.

Ende Mai richtete die Fraktion der GRÜNEN im Deutschen Bundestag eine Kleine Anfrage zu Kedung Ombo an die Bundesregierung, die 1985 den deutschen Exekutivdirektor der Weltbank angewiesen hatte, der Beteiligung an diesem indonesischen Staudammprojekt zuzustimmen. Die Bundesregierung wird hier nach Informationen über und Stellungnahme zu den Vorfällen in Kedung Ombo befragt. Außerdem interessiert sich die Fraktion der GRÜNEN

für die Beteiligung bundesdeutscher Firmen an dem Projekt und fragt nach den Möglichkeiten der Bundesregierung, auf die Weltbank und die indonesische Regierung so einzuwirken, daß den betroffenen Menschen schnell geholfen werden kann (die Antwort lag bei Redaktionsschluß noch nicht vor).

Gouverneur bietet Ersatzland an

Als ersten politischen Sieg für die Bewohner von Kedung Ombo sehen Beobachter ein Angebot, das Gouverneur Ismail den Bewohnern von Kedung Ombo Anfang April machte: Die Provinzregierung stellte neues Ersatzland in der Nähe des Damms in Aussicht und versprach, für die notwendige Infrastruktur zu sorgen. Am islamischen Neujahrsfest bekräftigte der Distriktvorsteher, der in einem der

betroffenen Dörfer mit Geschenken für die Bewohner erschien, dieses Angebot. Nach Angaben der Wochenzeitschrift TEMPO versprach er eine Gesundheitsstation, einen Markt, ein Schulgebäude und ein kleines Bethaus.

Eigenen Informationen zufolge hat jedoch auch dieses Angebot mehrere Haken: Erstens handelt es sich um Land der staatlichen Forstgesellschaft Perhutani, über das die Provinzregierung keine Verfügungsgewalt hat. Dies könnte bedeuten, daß die Siedler keine offiziellen Landtitel bekämen und der Gefahr einer neuerlichen Vertreibung ausgesetzt wären. Zweitens wird höchstwahrscheinlich nur ein Teil der Umzusiedelnden in den Genuß des neuen Landes kommen. Beobachter fürchten hier eine Politik der Spaltung von Seiten der Provinzregierung. Das „Perhutani-Land“ steht den 700 Haushalten offen, die bislang noch keine Ent-

schädigung erhalten haben. Daneben gibt es die Gruppen derer, die trotz Erhalt der Entschädigung nicht umgezogen sind, und derer, die zwar grundsätzlich den Vertrag unterschrieben, die Höhe der Entschädigung aber noch nicht akzeptiert haben.

Trotz der Jubelberichte der indonesischen Presse über die baldige Beilegung des Konflikts können sich die Bewohner von Kedung Ombo noch nicht in Sicherheit wiegen. Zu lang ist die Liste der leeren Versprechungen und der Schikanen von Seiten der Provinzbehörde. Viele wollen lieber auf ihrem eigenen Land sterben als die Wiederholung eines alten Traumas miterleben zu müssen: in einen Wagen gepfercht, irgendwo hingefahren und dort erschossen zu werden. Genau dies ist vielen Anhängern der PKI 1965 im heutigen Staudammgebiet von Kedung Ombo widerfahren. **Erika Jung**

BUCHBESPRECHUNG

Ein Jahr in der Hölle

„Djakarta“ stand an den Mauern Santiagos in Isabel Allendes „Geisterhaus“. Wem mag das spontan viel gesagt haben? Jakarta, die Hauptstadt Indonesiens, stand als Synonym für die Ermordung Hunderttausender von Kommunisten und anderen Linken in dem südostasiatischen Inselstaat, nachdem dort am 30. September 1965 ein bis heute nicht ganz aufgeklärter Putsch stattgefunden hatte, der der Kommunistischen Partei angelastet wurde, aber den Aufstieg des bis heute regierenden Militärdiktators Suharto ermöglichte. An diese bei uns weitgehend vergessene Episode, als „Indonesien ... in aller Welt der Aufmacher gewesen (war), wie so oft in der Ära, bevor der Vietnamkrieg alles andere verschlang“ (S. 16), erinnert der Roman des Australiers

Christopher J. Koch, Ein Jahr in der Hölle. Roman, aus dem Englischen übersetzt v. Rudolf Hermstein, Stuttgart 1988, Klett-Cotta, 354 S., DM 36,- dessen ausgezeichnete Verfilmung von Peter Weir auch bei uns Furore gemacht hat. Das Jahr 1965, in dessen ersten neun Monaten der Roman spielt, wieder in unsere Erinnerung zu holen, ist das erste bedeutende Verdienst von Christopher J. Koch. Hinzuzufügen ist allerdings sofort, daß „Ein Jahr in der Hölle“ nur eine begrenzte Sichtweise auf das Geschehen hat. Es ist kein Buch der Solidarität mit den Indonesiern, das Verständnis zeigen würde für den Befreiungskampf der Bauern und Arbeiter, der Nationalisten unter Sukarno und der Kommunistischen Partei, die damals mit drei Millionen Mitgliedern die

größte außerhalb der sozialistischen Länder war. Geht es um Armut, kommt eher Mitleid denn Engagement ins Spiel, geht es um politische Kämpfe, werden diese meist als ein von Machtbesessenen gesteuertes Chaos dargestellt. Koch nennt aber auch Gründe für diese Sichtweise. Zunächst einmal macht er „bewußt, daß das Jahr 1965 nicht nur der Vergangenheit, sondern einer anderen Gesellschaftsepoche angehört“ (S. 77). Es ist jene Gesellschaftsepoche vor „Vietnam“, vor der 68er-Bewegung, als in den westlichen Ländern die koloniale Arroganz noch ungebrochen, als kritisches Denken und Solidarität mit der Dritten Welt nur auf die Linke beschränkt war. Das betraf insbesondere die Gilde der Auslandskorrespondenten, unter denen der Roman spielt, wo „Interesse als Gefühl ausgegeben (wurde), und Insider-Witze ... als Ersatz für Verständnis erhalten“ konnte (S. 76). Mit Ausnahme von Preseterminen verbringen die Korrespondenten ihr Leben in einer „Absonderung vom normalen Leben“, in diesem Fall zumeist in der Bar eines Luxushotels in Jakarta, einem „Flaggschiff der Privilegierten“. In die indonesische Provinz, wo die eigentlichen sozialen Kämpfe damals wie heute ablaufen, wagt sich kaum einer der hochdotierten Journalisten. Koch weiß, wovon er schreibt. Bevor er Schriftsteller wurde, arbeitete er wie Hamilton, der Held des Romans, bei der „Australian Broadcasting Corporation“. Entsprechend kenntnisreich und drastisch fallen seine Beschreibungen des Korrespondenten-

lebens aus. Das Leben der Unterprivilegierten kommt nur dann im Roman vor, wenn Billy Kwan, Hamiltons Kameramann, der selbst ein „outcast“ ist, ein australisch-chinesischer Mann von zwerghaftem Wuchs, Streifzüge durch die Slumviertel unternimmt. Ein „religiöser Sozialist“, der zunächst Sukarno verehrt, dann nach einer individuellen Protestaktion gegen diesen erschossen wird. Kwan ist die tragische, widersprüchliche Hauptfigur von „Ein Jahr in der Hölle“. Er geht eine enge berufliche Partnerschaft mit Hamilton ein und hofft, daß sie zu Freundschaft wird. Kwan sieht in Hamilton seinen „Bruder“, den „Riesen“, dem er das ermöglichen will bzw. durch den er das miterleben will, was ihm selbst durch seine rassistischen und körperlichen Nachteile von der Gesellschaft verwehrt bleibt. Das gilt sowohl für den beruflichen als auch den emotionalen Erfolg. Hamilton wird zum Star der in Jakarta stationierten Auslandskorrespondenten und findet die Frau seines Lebens, die britische Botschaftsangestellte Jill, die Kwan selbst liebt. Dieser sieht sich offenbar als den „Dalang“ des „Wayang“-Schattenspiels, der im Hintergrund die Fäden hält. So beschreibt er es zumindest in seinen Dossiers über ihm persönlich wie politisch wichtige Personen. Doch hier irrt er wohl. Denn der „Dalang“ ist schließlich Cookie, der Ich-Erzähler, der nicht nur Kwans Dossiers nach dessen Tod an sich nimmt, sondern auch „so eine Art Beichtvater“ für seine Korrespondenten-Kollegen wird. Aus diesem Material kann Cookie, der autobiographische Züge Kochs tragen dürfte, eine spannende Story schreiben: einfühlsam, vielschichtig, nur selten kitschig – und insgesamt trotz manchen inhaltlichen Schwächen unbedingt lesenswert.

Frank Braßel